

L'Hoest, Raphael; Schönig, Werner

Article — Digitized Version

Die Internet-Wirtschaft als Reformmotor der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: L'Hoest, Raphael; Schönig, Werner (2000) : Die Internet-Wirtschaft als Reformmotor der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 5, pp. 277-283

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40525>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Raphael L'Hoest, Werner Schöning

Die Internet-Wirtschaft als Reformmotor der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Internet-Wirtschaft stellt das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft vor fundamentale Herausforderungen. Welche aktuellen Reformprozesse laufen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ab? Welche Gestaltungsoptionen haben die politischen Entscheidungsträger?

Seit der Einrichtung des „word wide web“ (WWW) im Jahr 1993 entwickelte sich das Internet in wenigen Jahren zum globalen Medium für Telekommunikation und Informationsaustausch. Das Internet erlaubt die interaktive Übertragung von digitalisierten Daten aller Art neben Texten auch von Bildern, Video, Musik und Sprache. Aus ökonomischer Sicht führt der Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) und speziell des Internets zu einer Reduzierung von Transaktionskosten. Die Bedeutung z.B. der Entfernung zwischen einer Informationsquelle und dem Informationsnutzer wird mit der modernen Datenübertragungstechnik geringer. Ein Ingenieur, der ein schwieriges Problem zu bewältigen hat, kann entweder auf die beschränkte Auswahl an Fachbüchern und sonstigen Ratgebern zurückgreifen, oder er gibt seine Fragestellung in ein Datennetz ein, mit dem seine Fachkollegen in der ganzen Welt arbeiten.

Schlagzeilen z.B. über die Mega-Fusionen im europäischen und US-amerikanischen Telekommunikationssektor führen dazu, dass Globalisierung und Informatisierung der Wirtschaft in der Öffentlichkeit mit der Zunahme des internationalen Standortwettbewerbs und der Gefährdung von Arbeitsplätzen verbunden werden. Diese Sicht vernachlässigt die Chancen der Informationsgesellschaft für Verbraucher, Unternehmen und Beschäftigte. Der weltweite Electronic Commerce verdeutlicht, dass die Marktmacht des Kunden in der Internet-Wirtschaft tendenziell größer wird, weil das Internet die Markttransparenz drastisch steigert. Darüber hinaus ist ein globaler Marktzutritt, der früher Konzernen mit internationaler Präsenz vorbehalten war, auch für viele kleine und mittlere Unternehmen möglich. Die Entwicklungen am „Neuen Markt“, der für viele Start-up Unternehmen

eine wichtige Quelle für „seed-capital“ darstellt, weist auf diese zunehmende Wettbewerbsintensität hin. Gleichzeitig ist mit erheblichen Produktivitätssteigerungen und damit Kostensenkungen, vor allem im Verhältnis „Business-to-Business“, also des elektronischen Geschäftsverkehrs zwischen den Unternehmen, zu rechnen¹.

Umfang des E-Commerce

Der elektronische Geschäftsverkehr ist eine der bedeutendsten Anwendungen der neuen, digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien, denn E-Commerce-Anwendungen können heute in fast allen Unternehmensbereichen und -prozessen eingesetzt werden (Verkauf, Vertrieb, Marketing und Logistik)². Systematische amtliche quantitative Erhebungen zum Umfang des E-Commerce liegen nicht vor. Allerdings weisen die verfügbaren Daten aus Prognosen, Studien und Statistiken verschiedener Forschungsinstitute auf ein überdurchschnittliches Wachstum hin. Das Electronic Commerce Forum, der Multimedia-Branchenverband (dmmv) und Roland Berger veranschlagten für 1999 ein elektronisches Geschäftsvolumen in Deutschland von weit über 5 Mrd. DM (siehe Graphik). Hinsichtlich der internationalen Entwicklung von E-Commerce schätzt Forrester Research und das European Information Technology Observatory (EITO), dass sich der weltweite Internet-Umsatz von etwa 80 Mrd. US-\$ in 1998 auf bis zu 970 Mrd. US-\$ im Jahr 2001 erhöhen könnte. Für den europäischen Gesamtmarkt ist davon auszugehen, dass Deutschland hieran einen überdurchschnittlichen Anteil haben wird³.

In Bezug auf die Beschäftigtenzahl und -struktur des IuK-Sektors in Deutschland waren nach Angaben des Statistischen Bundesamts und des Bundesver-

Dr. Raphael L'Hoest, 33, ist Referent für Grundsatzfragen und internationale Angelegenheiten der Informationsgesellschaft im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Berlin; Dr. Werner Schöning, 33, ist wissenschaftlicher Assistent am Forschungsinstitut für Sozialpolitik der Universität zu Köln.

¹ Vgl. The Boston Consulting Group: E-Commerce in Deutschland: Vom Goldrausch zur Goldgewinnung, München 1999.

² Vgl. Axel Zerdick, Arnold Picot et al. (Hrsg.): Internet-Ökonomie. Strategien für die digitale Wirtschaft, Berlin 1999, S. 31; und Thomas Einsporn, Ralf Wiegand: Electronic Commerce im Internet. Einfluss und Bedeutung für klein- und mittelständische Unternehmen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft, Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik (Nr. 233), Köln 1999.

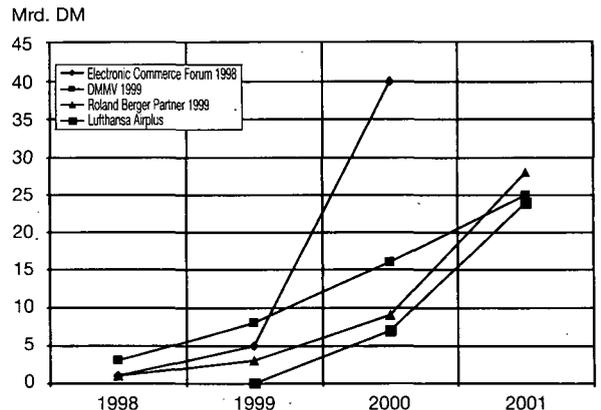
bands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) 1999 rund 1,74 Mill. Menschen in Deutschland in der Informationswirtschaft erwerbstätig. Dies entspricht einem Zuwachs von 3% gegenüber 1998 (siehe Tabelle). Innerhalb der vom Statistischen Bundesamt und von BITKOM vorgenommenen Gliederung der Sektoren der Informationswirtschaft (1. Hardware/Software und Services, 2. Informationstechnik, 3. Telekommunikation, 4. Elektronische Bauelemente, 5. Unterhaltungselektronik, 6. Fachhandel und Distribution und 7. Medien) erwies sich insbesondere die Informationstechnik mit einem Zuwachs von 9% gegenüber 1998 als Beschäftigungsmotor.

Diese quantitativen Darstellungen isolierter Beschäftigungseffekte können die Tiefe des Wandels zur Informationsgesellschaft allerdings nur andeuten, da es sich bei den Informations- und Kommunikationstechnologien vor allem um Basisinnovationen handelt. Electronic Commerce, Telelearning, Telewartung sind die neuen Wachstumssegmente, die quer durch die verschiedensten Wirtschaftsbereiche eine zunehmend wichtige Rolle spielen und dabei über die Chancen einzelner Unternehmen im weltweiten Wettbewerb mitentscheiden.

Hinsichtlich des Nettoeffektes der Internet-Wirtschaft auf den Arbeitsmarkt gibt es keine verlässlichen Angaben. Absehbar sind allerdings drei Effekte: Erstens wird das Internet als Querschnittstechnologie alle Branchen in die Lage versetzen, ihre Produktivität zu steigern, zweitens wird der Trend der Deindustrialisierung verstärkt und drittens wird innerhalb des Dienstleistungssektors den „sonstigen Dienstleistungen“ eine weiter zunehmende beschäftigungspolitische Bedeutung zukommen. Die neuen Technologien schaffen ein hohes Potenzial neuer sonstiger Dienstleistungen, während traditionelle Dienstleistungen (Handel, Banken, Transport, öffentlicher Dienst) höchstens stagnierende Beschäftigtenzahlen aufweisen werden.

Diese Prozesse lassen sich gegenwärtig insbesondere im Bankensektor sehr anschaulich verfolgen. Die IuK-Technologien eröffnen in diesem Bereich neue Absatzkanäle und bieten den Finanzdienstleistern auch erhebliche Kosteneinsparungspotenziale. Dieser Kostendruck führt zu einer Konzentration auf die Kernkompetenzen und stellt das Allfinanzkonzept zunehmend in Frage. Das Ziel, eine „kritische Masse“ zu erreichen, zwingt die Finanzdienstleister zur Neustrukturierung von Vertriebswegen, zu Kooperationen und

Prognosen für E-Commerce in Deutschland
(in Mrd. DM)



Quelle: Insitut der deutschen Wirtschaft, Köln 1999.

Fusionen sowie in der Regel auch zu einem Abbau von Arbeitsplätzen⁴.

Gegenwärtig existieren keine Studien, die die Rückkoppelungseffekte der IuK-Technologien in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen umfassend analysieren. Einige Forschungsinstitute wagen allerdings Prognosen im Hinblick auf das künftige Beschäftigungspotenzial. Nach Angaben von Booz, Allen & Hamilton könnten z.B. bis zum Jahre 2002 in Deutschland in den Anbieterbranchen etwa 350000-370000 neue Arbeitsplätze entstehen. Die Bereiche Software/Services und Multimedia-Produktion tragen dabei den größten Anteil. Das Erreichen dieses Beschäftigungspotenzials hängt nach Aussage der Autoren allerdings ganz entscheidend davon ab, dass dezidierte Maßnahmen von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften erfolgen (z.B. eine umfassende Qualifizierungspolitik)⁵.

Die Internet-Wirtschaft stellt somit eine Innovation von weitreichender gesellschaftlicher und ökonomischer Bedeutung dar. Such- und Informationskosten sinken erheblich. Die Märkte werden größer, die Wettbewerbsintensität nimmt zu. Damit eröffnen sich neue Möglichkeiten der überregionalen und internationalen Arbeitsteilung. Dies wird einerseits erhebliche Produktivitätssteigerungen auslösen und die Entwicklung von neuen Produkten und Dienstleistungen vorantreiben und andererseits die deutsche Wirtschafts- und Sozialordnung vor einen fundamentalen Anpassungsdruck setzen.

Das Schumpeterian Workfare Post-National Regime

Einen Eindruck von dem sich abzeichnenden Modell der Wirtschafts- und Sozialordnung der Internet-Wirtschaft vermittelt das „Schumpeterian Workfare Post-National Regime“, das von Jessop, Nielsen und

³ Vgl. Forrester Research: Europe: The Sleeping Giant Awakens, Dezember 1999; sowie Booz, Allen & Hamilton: The Competitiveness of Europe's ICT Markets, März 2000; EITO 2000, S. 230 ff.

Erwerbstätige in der Informationswirtschaft 1997-1999

Bereich	Erwerbstätige	Erwerbstätige	Erwerbstätige	Zuwachsraten in %	
	1997	1998	1999*	1998	1999*
Hardware, Software & Services	973 500	1 001 500	1 037 420	3	4
Informationstechnik	379 000	396 000	433 160	4	9
Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten	147 000	128 000	135 680	-13	6
Software und IT-Dienstleistungen	232 000	268 000	297 480	16	11
Telekommunikation	322 000	338 000	338 000	5	0
Herstellung von nachrichtentechnischen Geräten	101 000	101 000	101 000	0	0
Fernmeldedienste	221 000	237 000	237 000	7	0
Elektronische Bauelemente	83 500	83 500	81 500	0	-2
Unterhaltungselektronik	41 000	36 000	35 280	-12	-2
Fachhandel und Distribution*	148 000	148 000	149 480	0	1
Medien	692 000	691 020	698 690	0	1
Verlagsgewerbe	222 000	217 000	219 170	-2	1
Druckgewerbe	285 000	284 000	284 000	0	0
Film- u. Videoherstellung, -verleih, -vertrieb, Filmtheater	24 000	32 000	32 640	33	2
Hörfunk u. Fernsehen, Programmherstellung	72 000	62 000	65 100	-14	5
Korrespondenz- u. Nachrichtenbüros, freie Journalisten	38 000	44 000	45 760	16	4
Buch-, Zeitschriften- und Musikhandel*	51 000	52 020	52 020	2	0
Insgesamt	1 665 500	1 692 520	1 736 110	2	3

*geschätzt

Quelle: BITKOM: Wege in die Informationsgesellschaft. Status quo und Perspektiven Deutschlands im internationalen Vergleich, Berlin/Frankfurt 2000.

Torfing formuliert wurde. Kerngedanke ist, dass sich die international zu beobachtenden Reformbestrebungen der Wirtschafts- und Sozialordnung als eine Bewegung weg vom „Keynesian National Welfare State“ (KNWS) und hin zum „Schumpeterian Workfare Post-National Regime“ (SWPR) beschreiben lassen⁶. Diese Entwicklung ist Reaktion sowohl auf die Internationalisierung der Kapital- und Gütermärkte als auch auf die zunehmende Flexibilisierung der Produktion in Folge des Aufkommens neuer Dienstleistungen, insbesondere solcher, die in Zusammenhang mit dem Internet stehen. Letztlich verändern sich die Parameter der internationalen Wettbewerbsfähigkeit rapide, worauf die Wirtschafts- und Sozialpolitik mit der – impliziten – Entwicklung eines neuen Politikmodells reagiert. Bedeutung und Aspekte des „Modellwechsels“ veranschaulicht die Übersicht.

Der Keynesian National Welfare State

Der „Keynesian National Welfare State“ kann als das dominierende Modell der Wirtschafts- und Sozialpolitik der westeuropäischen Staaten von den sechziger bis in die achtziger Jahre hinein angesehen werden. Der Begriff beschreibt einen starken Nationalstaat, der sich nicht nur auf die Setzung von Rahmenbedingungen beschränkt, sondern umfassend in die Wirtschafts- und Sozialordnung eingreifen kann und dies auch praktiziert. Ziel der Intervention ist die Stabilisierung der Konjunktur durch Nachfragepolitik, die Unterstützung des Strukturwandels sowie der Ausbau

der sozialen Bürgerrechte durch das System des Arbeitsschutzes, der sozialen Sicherung und der demokratischen Partizipationsrechte. Da diese Konzeption über mehrere Dekaden im Prinzip funktionsfähig war, verbreitete sie sich zügig und wurde international in verschiedenen Varianten praktiziert.

Seit der Deregulierungspolitik der achtziger Jahre, beschleunigt durch die Herausbildung der Internet-Wirtschaft in den neunziger Jahren, haben sich die Rahmenbedingungen derart umfassend gewandelt, dass die europäischen Nationalstaaten zu Reformanstrengungen gezwungen wurden, bei denen man wiederum ein ähnliches Muster beobachten kann. Generell dominiert im „Schumpeterian Workfare Post-National Regime“ eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die auf günstige Investitionsbedingungen abstellt und im regionalen Kontext eine Herausbildung von Produktionsclustern und die Pflege der Diamanten betreibt⁷. Als notwendig dazu wird die Steigerung von Flexibilität und Innovationsfähigkeit, die sich in der Bundesrepublik auch in einem Bedeutungsverlust des Normalarbeitsverhältnisses äußert, angesehen. Die Sozialpolitik sieht sich daher gezwungen, die flexibilisierten Arbeitsverhältnisse zunächst einmal als solche hinzunehmen, so dass die

⁴ Vgl. Jürgen Zerche, Werner Schönig, David Klingenberg: Arbeitsmarktpolitik und -theorie, Lehrbuch zu empirischen, institutionellen und theoretischen Grundfragen der Arbeitsökonomik, München, Wien 2000, S. 30-34; Bundesverband deutscher Banken: E-Commerce als Bankdienstleistung. Daten, Fakten, Argumente, Berlin, Januar 2000, S. 12 ff.

Dimensionen des neuen und des alten Politikmodells

(nach Jessop/Nielsen/Torfin)

Aspekte	Keynesian National Welfare State (KNWS)	Schumpeterian Workfare Post-National Regime (SWPR)
Rückgriff auf bedeutenden Ökonomen	J.M. Keynes	J.A. Schumpeter
Reichweite der Staatsaktivität	starker Nationalstaat mit breiten Gestaltungsspielräumen	schwacher Nationalstaat muss umfassend auf transnationale und regionale Spezifika Rücksicht nehmen
Sozialstaatsmodell	Wohlfahrtsstaat mit umfassender Garantie sozialer Bürgerrechte	Workfare i.S. einer Unterordnung der Sozialpolitik unter Flexibilisierungsanforderungen des Arbeitsmarktes
Staatskonzeption	„Staat“, der umfassend in Detailregelungen eingreift	„Regime“, d.h. wachsende Bedeutung selbstregulierender Prozesse

Quelle: Eigene Darstellung.

Gestaltungsoptionen sozialpolitischer Interventionen begrenzt sind.

Zwar sind sowohl Keynes als auch Schumpeter als herausragende Ökonomen (im Gegensatz zu ihren Epigonen) über jeden Verdacht vereinfachender Handlungsempfehlungen und Blaupausen erhaben, gleichwohl illustriert die Gegenüberstellung der beiden Persönlichkeiten recht anschaulich die Akzentverschiebung vom „Keynesian National Welfare State“ zum „Schumpeterian Workfare Post-National Regime“. Während Keynes von Möglichkeit und Nutzen einer makroökonomischen Regulierung von Gleichgewichtszuständen ausgeht, betont Schumpeter die mikroökonomisch-evolutionäre Perspektive dynamischer Unternehmer, die durch findige Suche nach neuen Kombinationen den wirtschaftlichen Wandel vorantreiben. Gerade das Vertrauen auf die Innovationskraft klein- und mittelständischer Unternehmen (das der späte Schumpeter allerdings relativierte) scheint zur Beschreibung der Internet-Wirtschaft wie geschaffen. Schumpeters Denken ist zu den viel zitierten Begriffen der strukturellen oder systemischen Wettbewerbsfähigkeit, des Sozialkapitals und der weichen Standortfaktoren eher kompatibel als der technokratische Ansatz der Globalsteuerung.

Aus Sicht der vergleichenden Analyse von Konzeptionen der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist der vorge-

stellte Ansatz von Jessop/Nielsen/Torfin weiterführend, da unter zwei Aspekten die Untersuchungsperspektive erweitert wird. Der Ansatz versucht erstens eine tendenzielle Entwicklung in sämtlichen OECD-Staaten zu beschreiben und beschränkt sich dabei zweitens nicht auf eine vergleichende Analyse der Sozialpolitik. Hinsichtlich beider Aspekte erweitert der vorgestellte Ansatz jene Forschungsperspektive, die durch Esping-Andersens Vergleich der „three worlds of welfare capitalism“ begründet wurde und die – im Zuge einer umfassenden Kritik an Esping-Andersens vereinfachender Typologie – auch der deutschen Forschung wesentliche Impulse gegeben hat⁶.

Gestaltungsoptionen der nationalen Politik

Zur Zeit reagieren die nationalen Politiksysteme auf den raschen Strukturwandel und die sich herausbildende Internet-Wirtschaft mit Reformbestrebungen, die im internationalen Vergleich auffällige Ähnlichkeiten aufweisen. Diese nationalen Reformen haben - je nach Art des ursprünglichen nationalen Typus - teils den Charakter einer pfadabhängigen Reform im Rahmen einer „normalen“ Entwicklung, teils sind sie eher als kritische Weichenstellung zu charakterisieren, die einen grundlegenden Kurswechsel bedeuten. Wenn überhaupt die neue Rede vom „dritten Weg“ in Zeiten der Internet-Wirtschaft eine Substanz haben kann, dann ist es die Beobachtung, dass die Gestaltungsoptionen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zukünftig weniger beim Regulierungsumfang des Arbeitsmarktes liegen werden als vielmehr bei der Frage, in wieweit der Sozialstaat Chancengleichheit im Wettbewerb schafft.

Für die erste Vermutung, dem rückläufigen Regulierungsumfang auf dem Arbeitsmarkt, spricht das sogenannte „Konsensmodell der Arbeitslosigkeit“, das in der Literatur im Anschluss an die Arbeiten von Layard, Nickel, und Jackman von einer Vielzahl von Autoren entwickelt worden ist⁹. Layard/Nickel/Jackman versuchen, eine Theorie zu entwickeln, die Theorieelemente von Beschäftigungsschocks, Transferwirkungen, Verhandlungstheorien und anderem enthält. Die Erklärung von Arbeitslosigkeit ist dann weniger auf konjunkturelle als vielmehr auf strukturelle Phänomene gerichtet. Das Integrative und eigentlich Innovative des Konzepts zeigt sich in der expliziten Abkehr von monokausalen Ansätzen, d.h. in der Vermutung, dass Arbeitslosigkeit vielfältige Ursachen und Erscheinungsformen haben kann. Gefordert wird eine situative Kombination aus Deregulierung, aktiver Ar-

⁵ Vgl. Booz, Allen & Hamilton: Multimedia: Potentiale Nutzen – Beschäftigung schaffen, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, September 1999, S. 37.

⁶ Vgl. ausführlich: Bob Jessop, Klaus Nielsen, Jacob Torfin: Restructuring Welfare States in Britain, Denmark, Germany and Sweden, Research Report, Cheltenham, erscheint demnächst.

beitsmarktpolitik, Verbesserung der Investitionsbedingungen sowie ein staatliches Gegensteuern im Fall kumulierender Krisen.

Die zweite Vermutung, der Gleichsetzung von Gerechtigkeit mit Chancengleichheit, ergibt sich daraus, dass in modernen Gesellschaften der Gerechtigkeitsbegriff zunehmend dynamisch interpretiert zu werden scheint, was eine normative Flankierung des politischen Kurses gewährleistet. Die Diskussion um Ergebnisgerechtigkeit wird durch jene um Verfahrensgerechtigkeit verdrängt. Damit liegt der Akzent der Umverteilung auf Fragen der Faktorausstattung, der Bildungspolitik und der Chancengleichheit im Wettbewerb. Angesichts des Strukturwandels zur Internet-Wirtschaft wird die Bildungspolitik zum Hoffnungsträger für soziale Gerechtigkeit, Wirtschaftswachstum und sogar für zivilgesellschaftliche Demokratie. Auf den prozeduralen, dynamischen Aspekt der Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften hat in der neueren Literatur eine Vielzahl von Sozialphilosophen unterschiedlicher Couleur (von Rawls bis Habermas) hingewiesen.

Der Ansatz des „Schumpeterian Workfare Post-National Regime“ umschreibt einen gemeinsamen Endpunkt der Reformen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, dessen exakte Gestalt jedoch noch unklar ist. Vermutlich wird sich ein Spektrum recht eng beieinander liegender Ansätze herausbilden, dessen Binnen-Differenzierung im Detail auch zukünftig typologisch beschrieben und erforscht werden wird. Einerseits ist somit „eine gewisse Universalisierung in der Anwendung bestimmter Prinzipien und Methoden zu erwarten“¹⁰. Andererseits wäre es naiv zu glauben, dass es zukünftig eine Blaupause der idealen Wirtschafts- und Sozialpolitik geben wird.

Notwendige Investition in Humankapital

Im Kontext der Veränderungen der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur wandeln sich auch die Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Die durch die Internet-Wirtschaft ausgelösten Veränderungsprozesse führen teilweise zu veränderten Unternehmensstrukturen, die häufig mit anderen Managementkonzepten verbunden sind. Der Wandel der Arbeitsorganisation von traditioneller, funktionaler Arbeitsteilung in Richtung prozessorientierter, kooperativer Arbeitsformen stellt andere Anforderungen an Wissen und Kompetenzen. Dieser Wandel der Arbeitsorganisation ist gekennzeichnet u.a. durch eine Aufgaben-

integration, verbunden mit einer Ausbreitung von Gruppenarbeit, durch das Zusammenspiel von Dezentralisierung, Enthierarchisierung und Eigenständigkeit sowie durch die Einführung von Zielvereinbarungen als neuem Steuerungsinstrument.

Mit der Internationalisierung der Wirtschaft geht schließlich zum einen eine Zunahme von Tätigkeiten in internationalen Arbeitszusammenhängen sowie zum anderen das Entstehen eines internationalen Arbeitsmarktes insbesondere für hochqualifizierte Arbeitskräfte einher. Die Veränderungen in der Arbeitsgestaltung gehen zu einem großen Teil auf die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien zurück, da sie nahezu alle Tätigkeiten und Berufe beeinflusst und die Bedeutung der räumlichen Präsenz von Personen, die in einem Arbeitszusammenhang stehen, vermindert hat. In diesem Zusammenhang gewinnen auch virtuelle Arbeitszusammenhänge an Bedeutung.

Die Internet-Wirtschaft macht zunehmend deutlich, dass wissenschaftliches Wissen als Grundlage für Problemdefinitionen und Problemlösungen immer weitere Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft durchdringt. Diese Grundtendenz wird als charakteristisch für eine „Wissensgesellschaft“ angesehen¹¹. Im Zuge dieser Entwicklung nimmt die Bedeutung von Bildung und Qualifikation zu. Gleichzeitig ist die Wirtschaft einem beschleunigtem technischen und organisatorischen Wandel unterworfen, der große Auswirkungen auf die erforderlichen Qualifikationen der Beschäftigten hat. Auf diese Veränderungsprozesse müssen die Bildungsinstitutionen und Unternehmen adäquate Ausbildungsangebote entwickeln, um ihrer Verantwortung für die Absolventen gerecht zu werden¹².

Auf dem Arbeitsmarkt wird die Nachfrage nach Hochschulabsolventen in Zukunft grundsätzlich eher zu- als abnehmen. Studierende werden allerdings noch besser und auch in anderen Strukturen ausgebildet werden müssen. Im Bereich der Hochschulbildung werden Studienangebote zunehmend mit differenzierten Qualifikationsprofilen angeboten werden. In diesem Zusammenhang fördern z.B. gestufte Studienabschlüsse die flexible Verknüpfung zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt. Eine stärker gestuft angelegte Organisation des Studiums ermöglicht eine

¹⁰ Vgl. Gosta Esping-Andersen: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge 1990; Stephan Lessenich, Ilona Ostner (Hrsg.): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus, Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*, Frankfurt a.M., New York 1998.

¹¹ Vgl. Peter R. G. Layard, Stephen Nickell, Richard Jackman: *Unemployment: Macroeconomic Performance and the Labour Market*, Oxford 1991; Jürgen Zerche, Werner Schönig, David Klingenberg, a.a.O.

⁷ Vgl. Werner Schönig, Jürgen Zerche: *Perspektiven kommunaler Wirtschafts- und Sozialpolitik – Illustration grundsätzlicher Aspekte am Beispiel Kölns*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 45. Jg., Tübingen 2000, erscheint Herbst 2000.

neuartige Abfolge von Bildungs- und Ausbildungsabschnitten sowie Phasen der Erwerbstätigkeit und verbessert die Möglichkeiten, die Hochschulausbildung an die Veränderungen des Arbeitsmarktes anzupassen. Insofern trägt die längst überfällige Reform der Studienangebote zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen bei.

Eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Studierenden erfordert neben der Vermittlung transferierbarer Fachmethoden und Sozialkompetenzen die Ausprägung der Fähigkeit zu disziplinübergreifender, projektbezogener Zusammenarbeit sowie den in das Studium integrierten Aufbau überfachlicher Qualifikationen. Die Unternehmen in der Internet-Wirtschaft tragen daher erhebliche Mitverantwortung für den Praxisbezug des Studiums und die Arbeitsmarktintegration der Absolventen.

Qualifikationsanforderungen

Der durch die Internet-Wirtschaft forcierte Strukturwandel wird nicht nur zu diversifizierten Beschäftigungsformen führen, sondern auch die inhaltliche Gestaltung der Berufstätigkeiten drastisch verändern. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die traditionelle Verbindung von Berufsfachlichkeit, sozialer Integration im Betrieb, gesellschaftlichem Status und Einkommen als Merkmal des bislang dominierenden Berufskonzeptes immer mehr auflöst¹³. Dies betrifft sowohl den industriellen Bereich als auch den Dienstleistungssektor. In neuen Tätigkeitsfeldern wie der informations- und kommunikationstechnologischen Industrie hat sich die Beruflichkeit als Organisationsprinzip erst gar nicht fest etabliert. Von dieser Entwicklung sind auch andere Ausbildungsberufe und viele akademische Tätigkeitsbereiche betroffen.

In der gegenwärtigen öffentlichen Auseinandersetzung um die Qualifikationsanforderungen der Internet-Wirtschaft richtet sich die Kritik oft auf die ungenügende Vermittlung virulenter Schlüsselqualifikationen. Mit dem Begriff der Schlüsselqualifikation ist aber sowohl in der Formulierung von Anforderungen der Wirtschaft als auch in der wissenschaftlichen Diskussion eine begriffliche Bedeutungsvielfalt verbunden, die nur vage Gemeinsamkeiten erkennen lässt¹⁴. Die Spanne der zu Schlüsselqualifikationen gerechneten Aspekte reicht von intellektuellen Fähigkeiten (z.B. analytisches Denken), generell erlernbaren Kenntnissen (Fremdsprachen) über strukturelle Persönlichkeitsmerkmale (z.B. Flexibilität) und Arbeitstugenden (z.B. Leistungsbereitschaft) bis hin zu

sozialen Kompetenzen (z.B. Kommunikations- und Teamfähigkeit). Es ist evident, dass einige dieser Anforderungen eher in den Aufgabenbereich der schulischen Bildung und der Arbeitswelt fallen, andere sind als Ausdruck von Persönlichkeitsmerkmalen nur schwer durch Bildungseinrichtungen zu fördern.

Bezogen auf die spezifischen Erfordernisse der Internet-Wirtschaft kann man festhalten, dass Grundkenntnisse in angrenzenden Fachgebieten in vielen Anforderungsbeschreibungen ein zunehmendes Gewicht zukommen wird. Das Arbeiten in Teams, die sich aus Personen mit unterschiedlichen Kompetenzen und fachlichen Qualifikationsprofilen zusammensetzen, verlangt eine Anschlussfähigkeit der eigenen Fachkompetenzen an benachbarte Wissensbereiche. Nachgefragt werden deshalb sogenannte Hybridkompetenzen, wie z.B. die Kombination von technischen und betriebswirtschaftlichen Kompetenzen.

Ein weiterer Aspekt, der als wesentlich für das „Überleben“ in der Internet-Wirtschaft angesehen werden kann, ist das Konzept des „lifelong learning“. Schnelle technologische Entwicklung und soziale wie wirtschaftliche Veränderungen haben zur Folge, dass in vielen Berufen das einmal formal erworbene Wissen schneller veraltet. Die im Rahmen einer grundständigen Schul- und Hochschulerstausbildung vermittelten Kompetenzen bedürfen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit der kontinuierlichen Erneuerung, Ergänzung und Erweiterung. Von den Beschäftigten in der Internet-Wirtschaft wird daher erwartet, dass sie die Bereitschaft und die Fähigkeit mitbringen, sich kontinuierlich weiterzubilden. Diese Notwendigkeit wird verstärkt durch den raschen Wandel der Arbeitswelt und den Verlust der Gewähr eines lebenslangen Arbeitsplatzes in einem Unternehmen.

Aber selbst in kontinuierlichen Arbeitsverhältnissen in einem Unternehmen können sich die ausgeübten Tätigkeiten im Verlauf des Erwerbslebens mehrfach grundlegend ändern. Eine weitgehende Beschränkung der Schul- und Hochschulausbildung auf die Vermittlung technischen Fachwissens wird den veränderten Berufsanforderungen an die Arbeitsplatzsuchenden als Folge des Strukturwandels in der Wirtschaft nicht mehr gerecht. Mit steigender Kundenorientierung, der Ausbreitung von Teamarbeit im internationalen Kontext, veränderten Beziehungen zwischen Produktion und Vertrieb sind in wachsendem Maße betriebswirtschaftliche Kenntnisse und

¹³ Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Verhältnis von Hochschulausbildung und Beschäftigungssystem, Berlin, Juli 1999, S. 52 ff.

¹⁴ Vgl. Raphael L'Hoest: Challenges for the German Apprenticeship System and Limits of Its Transferability, in: James Wickham (Hrsg.): The Search for Competitiveness and Its Implications for Employment, Dublin 1997, S. 203-229.

¹⁰ Hans Jürgen Rösner: Soziale Sicherung im konzeptionellen Wandel – ein Rückblick auf grundlegende Gestaltungsprinzipien, in: Richard Hauser (Hrsg.): Alternative Konzeptionen der sozialen Sicherung, Berlin 1999, S. 11-83, hier S. 74.

kommunikative Fähigkeiten unerlässlich. Im Hinblick auf den gegenwärtigen Fachkräftemangel der Internet-Wirtschaft und der Diskussion um die Erleichterung der Erteilung einer Arbeitserlaubnis an IT-Fachkräfte außerhalb der EU besteht daher ein grundlegender Beitrag des Beschäftigungssystems in der konkreten Formulierung von quantitativen wie qualitativen Qualifikationsanforderungen an das Bildungssystem.

Duale Arbeitsmarktstruktur und soziale Sicherheit

In der Literatur findet sich eine Vielzahl von Hinweisen, dass eine Beschäftigungsausweitung im Dienstleistungssektor, speziell auch im Informations- und Kommunikationssektor sowie im Internet-Bereich, eine duale Struktur des Arbeitsmarktes hervorbringt. Diese geht mit einer zunehmenden Disparität der Einkommensverteilung und wachsender Armut einher¹⁵. Ob man in der dualisierten Arbeitswelt erfolgreich ist, hängt – wie gesehen – nicht nur von der formalen Qualität der Ausbildung, sondern auch von der persönlichen Kommunikationsfähigkeit und sozialen Kompetenz ab.

Diese duale Arbeitsmarktstruktur ist eine erhebliche Herausforderung an die Soziale Marktwirtschaft, da sich eine persistente Struktur sozialer Ungleichheit abzeichnet: Der eine Teil der Erwerbstätigen sieht sich durch den technischen Fortschritt einer Entwertung seiner Fähigkeiten und einer Bedrohung durch Arbeitslosigkeit gegenüber, dem anderen Teil gelingt es, durch ein höheres Qualifikationsniveau flexibel unternehmerisch tätig zu werden. Zu den typischen Verlierern zählen Arbeiter mit geringer Qualifikation in wenig innovativen Unternehmen oder chronisch strukturschwachen Regionen; zu den typischen Gewinnern zählen hingegen Angestellte mit hoher Qualifikation in innovationsdynamischen Unternehmen sowie jene, die erfolgreich freiberuflich tätig werden können.

Vor diesem Hintergrund der Gefahr eines „Digital Divide“ ist es Aufgabe und Eigeninteresse der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Perspektive der Verlierer der Internet-Wirtschaft nicht aus dem Blick zu verlieren, d.h. deren Probleme politisch ernst zu nehmen. Neben einer flankierenden Zuwanderungspolitik stellt sich die Frage der sozialen Grundsicherung neu. Letztere rückt ins Blickfeld, da es für die Bewertung

der atypischen Beschäftigungsverhältnisse von entscheidender Bedeutung ist, ob und in welchem Ausmaß diese freiwillig eingegangen werden. Freiwilligkeit kann nur dann unterstellt werden, wenn bei Vertragsabschluss auch ein Mindestmaß an materieller Entscheidungsfreiheit gegeben ist, einen Vertrag nicht unterzeichnen zu müssen. „Freiheit besteht darin, dass man Alternativen hat.“¹⁶

Der Königsweg zur Gewährleistung einer maximalen Freiwilligkeit (sprich: Verhinderung von Ausbeutung) auf dem Internet-Arbeitsmarkt ist letztlich ein möglichst hoher Beschäftigungsgrad. Anhaltende Arbeitslosigkeit verschiebt das gesellschaftliche Kräfteparallelogramm und kann arbeitsrechtliche Vorschriften faktisch ad absurdum führen. Angesichts des drängenden Problems der Dienstleistungslücke bei gering qualifizierten Tätigkeiten sind Bestrebungen zu einer Verminderung des Lohnkeils zwischen Bruttokosten und Nettolöhnen ernsthaft zu prüfen¹⁷. Käme es auch in Deutschland durch die Internet-Wirtschaft zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit, so würde sich in einem Zuge auch das Problem unfreiwilliger atypischer Beschäftigung relativieren.

Die Internet-Wirtschaft stellt das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft vor fundamentale Herausforderungen. Im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Effekte der digitalen Ökonomie ist zunächst eine umfassende quantitative wie auch qualitative Diagnose erforderlich, die das Beschäftigungspotenzial der sonstigen Dienstleistungen differenziert ausweist. Das Konzept des „Schumpeterian Workfare Post-National Regime“ hilft ergänzend, die aktuellen Reformprozesse in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verstehen. Absehbar ist, dass der bundesdeutsche Arbeitsmarkt weiter dereguliert werden wird und dass unter dem Aspekt eines dynamischen Gerechtigkeitsbegriffs Humankapitalinvestitionen und bildungspolitische Reformen virulenter werden. Die politischen Entscheidungsträger werden somit den neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden müssen, umgekehrt aber auch der Internet-Wirtschaft eine Rahmenordnung geben können, die das Erreichen der gesellschaftspolitischen Ziele der Sozialen Marktwirtschaft ermöglicht.

¹⁵ Vgl. Eileen Appelbaum, Peter Albin: Differential Characteristics of Employment Growth in Service Industries, in: Eileen Appelbaum, Ronald Schettkat (Hrsg.): Labor Market Adjustments to Structural Change and Technological Progress, New York u.a. 1990, S. 36-53.

¹⁶ Herbert Giersch: Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bd. 1, Grundlagen, Wiesbaden 1961, S. 74.

¹⁷ Richard B. Freeman, Ronald Schettkat: Zwischen Fastfood und Excellence!, Die Beschäftigungslücke in Deutschland im Vergleich zu den USA, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen, 44. Jg., 1999, S. 95-113.

¹³ Vgl. Martin Baethge, Volker Baethge-Kinsky: Jenseits von Beruf und Beruflichkeit? Neue Formen von Arbeitsorganisation und Beschäftigung und ihre Bedeutung für eine zentrale Kategorie gesellschaftlicher Integration, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 3/1998, S. 461 ff.

¹⁴ Vgl. Dieter Mertens: Schlüsselqualifikationen. Thesen zur Schulung für eine moderne Gesellschaft, in: Mitteilung aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), Nr. 1 (1991), S. 559-572.